

Bündnis 90/Die Grünen
Ratsfraktion Norden

Büro:
Schulstr. 39
26506 Norden
Tel.: 04931/4442
Fax: 04931/167107

Bündnis 90/Die Grünen * Ratsfraktion * Schulstr. 39 * 26506 Norden

An den
Rat der Stadt Norden

hier

Eingang am
03.04.07
Anl.: 1/1. n

*Z.B. u. m. d. B. He, Verträge mit Ver-
weisung für z. u. sta. Finanz A. ftigen.
i. Zusätz. mit dem MKR* Dienstag, 3. April 2007

*Dort
4/4*

Betr.: Mehr Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger an der
Kommunalpolitik; hier: Erprobung eines „Kommunalen Bürgerhaushalts“

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt zum 18.4.2007 folgenden Ratsantrag:

„Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie die Bürgerinnen und Bürger
stärker an politischen Entscheidungen beteiligt werden können. Beispielhaft sind
die kommenden Haushaltsplanungen zu betrachten“

Begründung

Seit Jahren ist zu beobachten, dass das Interesse an der Kommunalpolitik nachlässt. Als
Folge geht die Beteiligung an Wahlen zurück. Alle Parteien sind aufgefordert, darüber
nachzudenken, wie dieser Trend gestoppt werden kann.

Als eine Möglichkeit einer stärkeren Beteiligung gibt es in Deutschland in mehreren
Kommunen „Kommunale Bürgerhaushalte“. Ziel ist, die Bürgerinnen und Bürger besser
über den Haushalt ihrer Gemeinde zu informieren und sie stärker am Haushaltsgeschehen
zu beteiligen. So erarbeiten z. B. sechs Projektkommunen in Nordrhein-Westfalen Modelle
für die Aufstellung eines Bürgerhaushaltes (Castrop-Rauxel, Emsdetten, Hamm, Hilden,
Monheim, Vlotho). Projektträger sind das Innenministerium NRW und die Bertelsmann
Stiftung. Weitere Städte mit zumindest Ansätzen zu Bürgerhaushalten sind die Hansestadt
Hamburg, Cottbus, Rheinstetten, Kaiserslautern und Neustadt/Weinstraße.

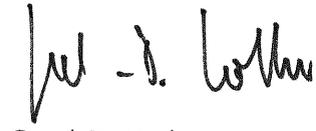
Mit einem Bürgerhaushalt soll eine Gestaltung der Politik im Einvernehmen mit den
Bürgern und Bürgerinnen erreicht werden. Bei der Verteilung der Finanzmittel soll stärker
auf die Vorschläge aus der Bevölkerung eingegangen werden. Gleichzeitig soll mehr
Transparenz in Haushaltsfragen und ein besseres Verständnis für die Möglichkeiten und
Grenzen der Haushaltspolitik vermittelt werden. Man kann aber auch mehr Schwung in der
Haushaltsdiskussion, unbürokratische Lösungen und neue Denkanstöße erwarten, die Rat
und Verwaltung vielleicht im Verwaltungsalltag nicht mehr so leicht fallen.

Der Haushalt wird selbstverständlich auch künftig vom Rat entschieden. Die Beteiligung der Bürgerschaft stellt von daher eine Form der Konsultation dar. Es mag aber auch in der Bürgerschaft eine Fülle von Ideen und Anregungen geben, die in Rat und Verwaltung nicht vorhanden sind. Es sollte im Interesse aller Parteien sein, dieses Potenzial zu nutzen.

Die Verwaltung wird daher um Vorschläge gebeten, in welcher Form die Bürgerbeteiligung am besten organisiert werden kann. In der heutigen Zeit bietet sich dafür u. a. das Internet an.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Fraktion



Gerd-D. Köther

